

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 23. August 1928  
10. Jahrgang, Nummer 196

Erst- und Nachdruck mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,60 RM., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifenband 3,00 RM. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Zeile über dem Raum 12 Pf., Bezahl- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kellamerpreis: Die dreizehnbändige Zeile über dem Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 17, Trebnitzer Straße 50. Telefon 560 89. Postfach 10101. Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 288 37. **Expedition:** Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 288 37. **Verlag:** Schiefwerder, Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 1068. **Verlag:** Schiefwerder, Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 1068. **Verlag:** Schiefwerder, Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon 1068.

## Der Massensturm setzt ein!

### Überfüllte kommunistische Kundgebungen in Breslau — Gewaltiger Aufruf für den Volksentscheid — 5000 Arbeiter im Schiefwerder

Breslau, 22. August.

Der größte Saal Breslaus, der Schiefwerder mit dem anschließenden großen Garten, reichte gestern abend kaum aus, um die Massen zu fassen, die erschienen waren, um unter Führung der KPD. für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzer und Koalitionsregierung sowie Kriegsvorbereitung zu kämpfen. Ein gewaltiger Aufmarsch von allen Teilen Breslaus bewies gestern abend den Panzerkreuzer-Sozialisten, daß die Gebuld der Massen erschöpft ist und sie sich nicht länger mit Entschuldigungen, „Bedauern“ und mit linken Phrasen über den sozial-imperialistischen Charakter der SPD. täuschen lassen. Wie groß die Empörung, die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau unter der Breslauer Arbeiterschaft ist, das prägte sich bereits in den Demonstrationen aus. Riesentransparente kennzeichneten den infamen Betrug der Sozialdemokraten an den Massen, Versprechungen vor der Wahl und die Taten in der Regierung. Großes Aufsehen erregten vor allen Dingen die 1 Meter hohen und 4 Meter langen mit mehreren Schornsteinen versehenen und mit Fahnen geschmückten Panzerkreuzer, die die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie anschaulich illustrierten.

Als kurz nach 20 Uhr Genosse Steffen die Massenkundgebung eröffnete, war der riesige Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Und auch in den Seitengängen und auf der Galerie war kein Platz mehr, so daß mehr als 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Einlaß mehr fanden. Sie sammelten sich im Garten, wo Genosse August Reimann, wiederholt von stürmischen Zustimmung unterbrochen, die Panzerkreuzerpolitik der deutschen Bourgeoisie und der SPD. brandmarkte.

Im Saal sprach Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber, der einleitend feststellte, daß die KPD. zwar sich dessen bewußt war, daß die Koalitionspolitik den Arbeitern nichts bringen kann und auch die SPD.-Proletarier enttäuschen würde. Daß aber die Minister-Sozialisten so „talentvoll“ und so schnell den Charakter sozialdemokratischer Koalitionspolitik enthüllen wird, habe auch die KPD. nicht erwartet. (Heiterkeit und Beifall.) Genosse Wollweber unterbreitete dann der Versammlung das Register sozialdemokratischer „Erfolge“ in der Koalitionsregierung. Nichts wurde der SPD. geschenkt, Annahmefraud, Lohnsenkung, Schiedsgerichtsbeschlüsse, Mißbilligung wurden von ihm unter stürmischen Entrüstungskundgebungen gegen die Partei der Sozialverräter gekennzeichnet. In seinem 1½stündigen Referat bedachte der Redner gründlich die tieferen und internationalen Zusammenhänge der Mißbilligungspolitik, das Programm der deutschen Bourgeoisie, die Unterfütterung des neudeutschen Imperialismus durch die SPD. auf und rechnet schonungslos mit den Panzerkreuzer-Sozialisten und den linken Phrasen ab, die er als die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft geißelte. Sein Appell an die Versammelten: „Heraus aus der SPD., hinein in die KPD.“ fand jubelnde Zustimmung.

In der Diskussion sprach Genosse Niesner für den KPD., Genossin Rinne für den KPD., Genosse Steffen für den KPD. Ein Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union stimmte im wesentlichen dem Genossen Wollweber zu und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Breslauer Arbeiter in so imponierender Weise dem Rufe der KPD. gefolgt sind.

Ein kräftiges Schlusswort des Genossen Wollweber, ein Hoch auf die kommunistische Partei, in das die Massen begeistert einstimmten, beendete den gewaltigen Aufruf der Breslauer Arbeiterschaft für den Volksentscheid. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung angenommen:

#### Entschließung

Der Lohnsenkungs-Schwindel in der letzten Zeit, nach Krasser der Beschluß über den Panzerkreuzerbau, zeigen ebenso wie verschiedene andere Taten der neuen Reichsregierung mit aller Deutlichkeit, daß tatsächlich die Bürgerblock-Politik fortgesetzt wird.

Die Koalitionsregierungen, auch dort, wo sie unter sozialdemokratischer Führung stehen, kennzeichnen sich durch ihre Maßnahmen selbst als Interessenvertretungen der kapitalistischen Klasse.

Die Versammelten wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche arbeitserneuerliche Politik und erklären, daß sie in der kommunistischen Partei

die einzige Partei sehen, die rücksichtslos die Interessen des Proletariats vertritt. In Konsequenz dieser Auffassung erklären sich die Versammelten bereit, die kommunistische Partei in ihrem Kampf in jeder Beziehung zu unterstützen und keine Mittel unversucht zu lassen, um die der Klassenkämpferischen Bewegung des

Proletariats noch fernstehenden Arbeiter davon zu überzeugen, daß der Kampf gegen die arbeitserneuerliche Politik der Regierung nur erfolgreich geführt werden kann unter Führung

der kommunistischen Partei.

Der Beschluß des Zentralkomitees der KPD. auf eine Volksentscheidung gegen die Flottenrüstung begrüßt die Versammlung. Die Versammelten werden alles tun, um den Volksentscheid zu einer gewaltigen Massenbewegung zu gestalten.

## Morgen Streik in der Herrenkonfektion

Breslau, 22. August. Kurz vor Redaktionsschluss wird uns von dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband gemeldet: Sehr stark besuchte Versammlungen der Herrenkonfektionsbranche nahmen am Montag, dem 20. August zu dem Lohnstreik in der Herrenkonfektion Stellung. Es wurde beschlossen, am Donnerstag, dem 23. August, bei den Konfektionsfirmen Gebr. Lippmann u. Cohn, Sandberg, Schottländer u. Co., Gebr. Schiesinger, Heimann u. Seidenberg, Aktiengesellschaft für Webwaren u. Bekleidung in den Streik zu treten. Für die bestreikten Firmen findet Mittwoch, den 22. August, im Gesellschaftshaus Wratistawia, 20 Uhr, eine weitere Versammlung statt.

#### Streik in der Berliner Herrenkonfektion

Berlin, 22. August. (Eig. Drahtber.) Die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Bekleidungsindustrie (H. D.) nahmen zu der Lage in der Herrenkonfektion Stellung. Nach einer erregten Debatte, die sich mit aller Schärfe gegen die Haltung des sozialdemokratischen Arbeitsministers richtete, der den Schiedspruch für die Unternehmer

der Herrenkonfektion als untragbar bezeichnete, und darum seine Verbindlichkeitsklärung nicht aussprach, wurde beschlossen, in den Streik zu treten.

## Die Breslauer KPD.-Funktionäre gegen den Hindenburgrummel ihrer Führer

Die Erregung unter den Breslauer sozialdemokratischen Arbeitern über die Beteiligung von SPD.- und Reichsbannerführern bei Hindenburg-Besuchen usw. ist außerordentlich stark. Herr Eckstein versuchte bereits vor einigen Tagen durch einen im Kern unrichtigen Artikel in der „Volksmacht“ (auf den wir noch zurückkommen werden), die Erregung der Arbeiter zu dämpfen. In der Funktionärssitzung der KPD. am Montag ging aus der Mitte der Versammlung in Betracht des bevorstehenden Besuchs von Hindenburg nachstehender Antrag ein:

„Die Funktionäre beauftragen die Genossen in den städtischen Körperschaften, etwa angeforderte Mittel für den Empfang Hindenburgs im September abzulehnen.“

Eine Teilnahme von Parteigenossen an etwaigen Feierlichkeiten anlässlich seiner Anwesenheit ist unstatthaft.“

Ob die KPD.-Mitglieder in der Provinzialverwaltung und den Magistraten sich danach richten werden, ist fraglich. Wir werden an den Beschluß der KPD.-Funktionäre zu gegebener Zeit erinnern.

## Arbeiterportler gegen KPD.-Ghatter

Sollingen, 22. August. (Eig. Drahtber.) Eine gutbesuchte Versammlung der Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Sollingen nahm gegen nur drei Stimmen, mit Einschluß der meisten zahlreich anwesenden SPD.-Genossen, eine Resolution an, die gegen die Beschlüsse des Bundestages den allerstärksten Protest erhebt. Zu einer weiteren Entschliebung wurde der von der KPD. eingeleitete Volksentscheid gegen den Bau von Panzerkreuzern begrüßt und der Appell an alle Arbeiterportler gerichtet, das Volksbegehren aufs Tatkräftigste zu unterstützen. Weifung, nach der Greater Rodfort zu dämpfen. Die Regierung von

## Neue Verhaftungen im Kriegsangelegenheitsandal

Der „Berliner Morgen-Courier“ teilt mit, daß in dem großen Kriegsangelegenheitsandal in den letzten Tagen neue Verhaftungen erfolgten. Neben die Namen der in Frage kommenden Personen wird noch Stillschweigen bewahrt. Drei Personen sollen in Untersuchungshaft genommen worden sein. Als vierter soll eine bedeutende Persönlichkeit des Wirtschaftslebens aus dem Westen verhaftet worden sein. Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß am Sonntag auch in Hamburg in dieser Fälscheraffaire eine Verhaftung erfolgt ist.

## Wilsudski in Rumänien

Der Inhalt der polnischen Note an Litauen.  
D. C. Warschau, 21. August. Wilsudski befindet sich bereits in Rumänien. Vor seiner Abreise, die im letzten Augenblick doch beschleunigt wurde, hatte er noch eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Czeczowicz.  
Zu der am Sonntag der litauischen Regierung überreichten polnischen Note schlägt die polnische Regierung die Beantwortung der litauischen Note vom 13. August vor, die Verhandlungen entweder am 22. August in Königsberg stattfinden zu lassen, wobei polnischerseits Jakseli durch den Leiter der Diplomatengruppe Holowko vertreten sein würde, oder am 25. August in Warschau, wo Jakseli persönlich die polnische Delegation führen könnte.

## Massenaufmarsch für Volksentscheid, — gegen Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik!

Heute abend:

**Waldenburg:** „Edelstein“, 19,30 Uhr  
Referent: Genosse Reimann

**Kauffung:** Referent: Genosse Heuck

**Perzig:** Referent: Genosse Adolf Franz

Donnerstag, den 23. August:

**Langenbielau:** Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber.

**Münsterberg:** „Schützenhaus“,  
Referent: Genosse Reimann.

**Rauscha:** Referent: Genosse Adolf Franz.

**Balkenhain:** „Grüner Baum“  
Referent: Genosse Heuck

Freitag, den 24. August:

**Niesky:** Referent: Genosse Adolf Franz

**Schweidnitz:** Referent: Genosse Reimann

**Sagan:** Referent:  
Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber

**Görlitz:** Referent: Genosse Heuck



# Oberschlesien Wir, Kołczyński

„Polzblatt“ - Chef triumphiert — Wer nicht pariert, wird „beiseite geschoben“

In der Nummer vom 21. August widmet der „Chef“redakteur des „Polzblattes“, Kołczyński, der Panzerkreuzerfrage wiederum einen längeren Artikel. Er überschreibt ihn mit „Weg mit den Miesmachern“. Ausgehend von den Beschlüssen des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion stellt Kołczyński triumphierend fest:

„Wir (Koltschen) haben entgegen manchen Wünschen einzelner Parteigenossen und entgegen der in anderen Parteiblättern aufgetretenen Verboslichkeit von vornherein den gleichen Standpunkt (wie der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion) eingenommen. Der Beschluss des Parteiausschusses rechtfertigt unsere Haltung voll und ganz.“

Wir wissen nicht, ob Herr Kołczyński seinen Grad ausgebügelt hat. Jedenfalls ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß er für seine reaktionäre Haltung — diese haben wir in vorhergehenden Artikeln zur Genüge gekennzeichnet — jetzt Karriere machen wird. In der Sozialdemokratie hat es schon jeder zu etwas gebracht, der verstanden hat, rücksichtslos gegen die eigene Mitgliedschaft und gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen.

„Der Beschluss des Parteiausschusses ist gleichzeitig eine Mahnung an die Funktionäre der Partei. Überall, auch in unseren Reihen gibt es Miesmacher und Schwarzseher, die beim ersten Konflikt schon unglückliche andere sehen und der Reihe nach ausführen, was uns alles passieren könnte. Dabei ist die selbstverständliche Beiseiteschiebung der Miesmacher eine allererste Voraussetzung.“

So schreibt Kołczyński. Was meint er damit? Darauf gibt ein Bericht im Hindenburgischen Lokalen Teil Auskunft. Dort heißt es: Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Hindenburg, habe eine Mitgliederversammlung gehabt, in der „Genosse“ Kołczyński über die politische Lage, die durch den Panzerkreuzerbau des Reichskabinetts entstanden ist, referierte. Nach einer Auszählung der Diskussionsredner ohne Angabe ihrer Ausführungen wird in dem Bericht gesagt:

„Im Schlußwort unterstrich der Referent die vorwärtsweisenden Beschlüsse des Parteiausschusses und warnte vor einer unverantwortlichen Politik der Miesmacherei, wie sie von einem Diskussionsredner (!) betrieben worden war.“

Das ist es, was das Kołczyński aus der Aube bringt. Der Widerstand der eigenen Mitglieder gegen die Politik, die von den leitenden Genossen gemacht wird. Kołczyński kann noch so oft wiederholen: „was ein Sebering auf sich nimmt, das können wir noch allemal verteidigen“. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden trotzdem kein Verständnis dafür aufbringen, wie der Panzerkreuzerbau im Interesse der Werktätigen liegen soll. Diesen ehrlichen sozialdemo-

kratischen Mitgliedern droht Kołczyński mit Mahnregelungen. Anders kann man die Formulierung „selbstverständliche Beiseiteschiebung der Miesmacher“ nicht deuten. Also, sozialdemokratische Kollegen, jetzt müßt ihr es: Nach Auffassung von Kołczyński und anderen leitenden Genossen in guter Partei ist es eure Pflicht, zu allem Ja und Amen zu sagen. Eigenes Denken ist verboten. Wer irgendwelche Bedenken hat, ist „Miesmacher“ und wird „beiseite geschoben.“

Der Schluß des Kołczyński-Artikels ist der lahme Versuch, die berechtigten Kritik der Kommunisten mit dem Hinweis auf die Rote Armee und die Rote Flotte Sowjetrußlands abzuschwächen. Wir können es Kołczyński nachsagen, daß ihm als Verteidiger der Interessen der Kapitalistenklasse die Rote Armee höchst unangenehm ist. Wir können auch verstehen, daß er keinen Unterschied zwischen den Rüstungen der imperialistischen Staaten und den Abwehrmaßnahmen der russischen Arbeiter und Bauern machen will. Wir wissen auch, daß es uns niemals gelingen wird, Herrn Kołczyński von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen. Das wollen wir auch nicht. Worauf wir Wert legen, das ist die Aufklärung der obersten Arbeiter. Diese, davon sind wir fest überzeugt, wissen ganz genau, daß Sowjetrußland der besiegteste Feind aller kapitalistischen Staaten ist. Sollen die russischen Arbeiter und Bauern tatenlos die sich gegen sie richtenden Rüstungen in den kapitalistischen Ländern beobachten und beim Überfall auf Sowjetrußland sammernd zu Kreuze kriechen? Sollen sie die Errungenschaften der Oktoberrevolution lahmlos preisgeben? Sollen sie den erfolgreich begonnenen Aufbau des Sozialismus einstellen? Sollen sie nicht mehr in der Lage sein, die ausländischen Klassengenossen durch Tat und Wort, wie es z. B. im englischen Bergarbeiterstreik der Fall war, unterstützen zu können? Sollen sie sich widerstandslos von den imperialistischen Räubern verzwangeln lassen? Das wird kein ehrlicher Arbeiter von den russischen Genossen verlangen wollen. Das verlangen, kann nur ein ausgesprochener Arbeiter sein.

Mag Kołczyński noch so laut schreien, noch so lange Artikel schreiben, noch so viele demagogische Kriffe anwenden. Die Tatsache der Zustimmung der sozialdemokratischen Parteileitung zum Bau des Panzerkreuzers wird er nicht aus der Welt schaffen. Damit hat die sozialdemokratische Parteileitung vor aller Welt gezeigt, daß sie ebenso willig wie die Bürgerblockregierung den Kriegsrüstungswünschen der deutschen Bourgeoisie nachkommt. Ein Beweis mehr, daß diese Partei nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Kapitalisten vertritt.

## Fast 14 000 Arbeitslose

Nach dem Bericht des Arbeitsamtes für die Zeit vom 13. bis 18. August beträgt die Zahl der Arbeitsuchenden in Oberschlesien 13 610 Personen. Davon wurden nur 5769 Hauptunterstützt. Das Arbeitsamt gibt folgenden Lagebericht: Die Lage des Arbeitsmarktes in der Provinz Oberschlesien hielt sich im Allgemeinen auf dem Stande der Vorwoche. Den Entlassungen stand ein Bedarf an Arbeitskräften verschiedener Berufsgruppen gegenüber, so daß ein Ausgleich zwischen Zu- und Abgang geschaffen werden konnte. Der Rückgang an Arbeitsuchenden als auch Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge war nur gering. Die Zahl der Arbeitsuchenden deckt sich ungefähr mit der Zahl der Arbeitsuchenden der gleichen Zeit des Vorjahres.

## Erfolgreiche deutsch-englische Rohlenverhandlungen

In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen dem englischen und dem deutsch-schlesischen Bergbau um die Abfahrregelung auf den norddeutschen Märkten stattgefunden. Die Besprechungen sind abgebrochen worden, weil angeblich auf der englischen Seite eine einheitliche Vertretung fehlte, die stark genug ist, eventuelle Abmachungen zu garantieren und durchzuführen.

Es bleibt also beim Dumping, das heißt Schmutzkonkurrenz, durch den Verkauf im Auslande unter dem Selbstkostenpreis. Das Scheitern der Verhandlungen zeigt erneut, wie töricht die sozialdemokratischen Illusionen von einer Verständigung der Kapitalisten sind.

## Hindenburg

Dankagung. Den Genossen und Genossinnen, die an der Beerdigung meiner Frau Mina Janoscha am 16. August teilnahmen, spreche ich den besten Dank aus, auch den Bekannten und Verwandten. — Karl Janoscha.

## Kreuzburg

### Heraus zum roten Aufmarsch!

Sonntag, den 9. September, marschieren die Arbeiter der Roten Klassenfront in Kreuzburg unter den folgenden Losungen auf:  
Gegen die Panzerkreuzerpollizei!  
Gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen Trübsourgeoisie und der imperialistischen!

Gegen den Krieg!  
Für die Klassenforderungen des deutschen Proletariats!  
Für die Verteidigung der Sowjetunion!  
Arbeiter in Stadt und Land, Klassengenossen, Kameraden! Unterstützt den Aufmarsch des hochbewußten Proletariats in Kreuzburg. Beweist durch euer Erscheinen, daß auch Kreuzburg ein Glied in der Kette der roten Front ist. Eine rote Festung zum Schutze der Sowjetunion.

Kameraden der umliegenden Bezirke und Ortsgruppen unterstützt das rote Treffen!

## Oppeln

### § 218

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde am Montag die ledige J. von der Bismarckstraße verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Einwohner bemerkten vor einiger

Zeit einen unangenehmen Geruch im Keller des Hauses. Zwischen Kisten verdeckt wurde in einem Vapparton die Leiche eines vor mehreren Wochen geborenen Kindes entdeckt. Die ledige Mutter, welche im Verhacht des Kindesmordes festgenommen wurde, besitzt schon zwei Kinder und verdient für diese selbst das Brot. Zurzeit steht sie in ärztlicher Behandlung, ist aber für haftfähig erklärt worden.

Das Los so vieler Proletariemütter. Der unselige § 218 müht unter den armen ledigen Müttern und bringt sie hinter Kerkermauern. Kann es etwas Schrecklicheres für eine Mutter geben, als das, wenn schon einige hungrige Mäuler auf die Händearbeit der Mutter warten, nun noch ein weiterer Zuwachs bevorsteht, für den absolut keine Möglichkeit zur Erhaltung besteht? Die Mutter aber die größten Schmerzen erduldet und dann von dieser Gesellschaftsordnung, die sie dazu zwingt, dem Staatsanwalt übergeben wird? Noch ist in diesem Falle nicht klar, was vorliegt, aber schon entrollt sich ein erschütterndes Bild der Grausamkeit der heutigen kapitalistischen Weltordnung.

## Der Herr Polizeiwachmeister

Uns wird geschrieben: „Vor einigen Tagen weihte ein Oppelner Ehepaar zu Besuch bei einer Familie in Großschowitz. Bei dieser Gelegenheit konnten sie die Manieren des dortigen Polizeiwachmeisters Marschollek kennen lernen. Herr M., welcher dienstlich wegen einer Invalidentante bei dieser Familie vorpreschen mußte, verlegte durch sein unhöfliches, ja großes Auftreten die Frau derart in Angst, daß das zu Besuch weilende Ehepaar sich veranlaßt sah, dem M. die ministeriellen Erlasse über die Höflichkeit der Beamten im Verkehr mit dem Publikum in Erinnerung zu bringen. Die darauffolgende Erregung des Zurechtgewiesenen spottete jeder Beschreibung und führte schließlich dazu, daß das Ehepaar, welches sich nur durch die bekannte Familie ausweisen konnte, durch den Polizeiwachmeister aufgefordert wurde, ihm zum Amtsvorsteher zu folgen. Der Allgewaltige von Großschowitz schwankte sich auf sein Stahltrost und ließ die beiden „Schwerverbrecher“ neben sich her laufen. So ging der Weg durch Großschowitz, wobei M. es nicht unterließ, seine Macht den Dorfbewohnern zum Bewußtsein zu bringen, indem er in dem lautesten Feldwebelton, der ihm zur Verfügung stand, seine „Schützlinge“ ansprach, sobald er Dorfleute ansichtig wurde. Das Spazierengehen des Ehepaars durch das Dorf endete damit, daß diese den Wachtmeister auf der Straße stehen ließen, als sie feststellten, daß der Weg, den M. einschlug, gar nicht zum Amtsvorsteher führte, sondern nur eine „Ruhmesfabrik“ für ihn durch das Dorf darstellen sollte.“

Wir sind der Auffassung, daß ein Polizeibeamter mit den Manieren eines Herrn Marschollek aus dem öffentlichen Dienst sofort zurückgezogen werden müßte.

## Die Stadt Hilt?

Die Stadt baut für ihre Autos hinten am Gaswerk Garagen. Ueber diesen werden einige Werkstätten errichtet. Es gibt Leute, die da meinen, die Stadt solle für ihre Arbeiter und Angestellten. Sieht man sich die Sache näher an, erkennt man sofort das Ge-

## Rüster

zum 14. Internationalen Jugend-Tag in Gleiwitz am 1. und 2. September

Da die Garagen keine Ziele einbringen werden, wird diese den Mietern abgenommen werden. So soll eine kleine Zweizimmerwohnung 20 Mark Miete kosten. Die Tage, direkt an den ständenden Gasanstalt, wird die teuren Wohnungen noch teurer erscheinen lassen. Das bietet die Stadt ihren Arbeitern an, deren Wochenverdienst von 24 bis höchstens 32 Mark beträgt. Kann man das noch als ein Entgegenkommen bezeichnen?

## Oppelner Frauen zum Vortreffen des KPD.

Zur Teilnahme an dem 1. schlesischen Vortreffen des KPD Frauen- und Mädchenbundes haben sich schon einige Genossinnen und sympathisierende Frauen gemeldet. Weitere Meldungen werden im Parteibüro entgegengenommen. Oppelner Frauen und Mädchen, unterstützt mit allen Kräften die revolutionäre Frauenbewegung. Am Freitag, dem 21. August, abends 7 Uhr, findet im Keller Sternstr. 4 eine Besprechung aller Breslau-Fahrerinnen statt. — Ortsteilung.

## Wieder der Postneubau.

Ein Bauarbeiter schreibt uns: „Bollknecht, der Kolter, läßt mit seinen Manieren nicht nach. Außer ihm scheint niemand am Bau menschliche Bedürfnisse haben zu dürfen. Darum schreit der Kolter, wenn die Arbeiter sich einmal auf den Abort begeben müssen, mit Stegeln auf dieses Hänschen. Man wird gefragt und beschimpft: „Ich tret Euch vor den A — —!“ „Maßlassen, ich werde Euch schon sehen!“ u. a. m. müssen sich die schwer schuftenden Arbeiter anhören. Es ist höchste Zeit, daß hier einmal Ordnung gemacht wird.“

## Ost-Oberschlesien

### Verhärzung des Bergbau-Lohnkrisis

Die bürgerlichen Blätter melden: „In einer Pressekonferenz, die der polnische Demobilisierungskommissar in Ostoberschlesien bekannt, daß der polnische Bergbau nicht in der Lage sei, die von den Bergarbeitern geforderten Löhne zu bewilligen, weil die Lage des Bergbaues äußerst kritisch sei. Es könne nur eine Lohnerhöhung von 5 1/2 v. H. in Frage kommen. Zu dieser Erklärung des Demobilisierungskommissars haben nur die Gewerkschaften Stellung genommen und die partielle Einstellung des Demobilisierungskommissars einstimmig verurteilt. In einer Erklärung wurde festgestellt, daß der Demobilisierungskommissar jegliches Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren habe. Man lehnt es ab, mit ihm überhaupt noch irgendwelche Lohnfragen zu behandeln. Diese Erklärung der Gewerkschaften dürfte die baldige Abberufung des Demobilisierungskommissars zur Folge haben.“

Wir sehen, wie unsere Klassengenossen jenseits der Grenze mit den gleichen Schwierigkeiten wie wir in Deutschland zu kämpfen haben. Ein entschlossener Kampf würde den ostoberschlesischen Bergarbeitern sehr bald die geforderte Lohnerhöhung bringen.

## Briefkasten

Groß-Strehly. Der Bericht vom 16. August kann leider nicht veröffentlicht werden. Aus den wenigen Zeilen geht nicht mit genügender Deutlichkeit hervor, um was es sich eigentlich handelt. Bitte in Zukunft stets volle Adresse des Abenders anzugeben.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

- Oppeln. Mittwoch, 22. August, 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im bekannten Lokal.
- Gleiwitz. Freitag, 24. August, 19 Uhr Ortsgr.-Mitgliederversammlung in den „Vier Jahreszeiten“, Bieller Straße.
- Matibor. Sonnabend, 25. August, 17 Uhr Funktionärfrühung „Stadt Troppau“.
- Mieschowitz. Sonnabend, 25. August, 18 Uhr öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Jadaich.
- Matibor. Sonntag, 26. August, 11 Uhr öffentliche Versammlung auf dem Ring.
- Gleiwitz. Sonntag, 26. August, 19,30 Uhr Konferenz der Arbeiterkorrespondenten und Korrespondenten der „Arbeiter-Zeitung“ in den „Vier Jahreszeiten“.
- Beuthen. Sonntag vormittags 10 Uhr bei Neumann Sitzung aller gewerkschaftlich organisierten Genossen. Mitglieder des KPD und des KZPD sind ebenfalls eingeladen. Referent anwesend. Mitgliedsbuch legitimiert.

### Noter Frontkämpfer-Bund

- Oppeln. Untergaufrühung am 23. August 19,30 Uhr im Parteibüro.
- Oppeln. Kameradschaftsabend der Kameradschaft Stadt am Sonnabend, dem 25. August, im „Hohenzollern“, Malapaner Straße.
- Oppeln. Gartenkonzert der Schalmeienkapelle am Sonntag, dem 26. August, ab 3,30 Uhr im „Bürgergarten“.
- Oppeln. Note Jungfront. Mittwoch, den 22. August, Mitgliederversammlung im „Schützenhaus“.

### Sonstige Organisations

- Oppeln. Freie Turnerschaft. Sonnabend, den 26. August, 19,30 Uhr bei Ewina, Ring, Generalversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
- Gleiwitz. Freidenker. Sonnabend, den 25. August, 20 Uhr, im Vereinslokal, Bahnhofstraße 34, Vortrag über: „Die Sozialisierung der Frau.“ Gäste sind willkommen.

## Schauspielhaus

Operettenstühle  
Breslau  
Telephon Nr. 3030

Täglich 20 Uhr:

Die große Ausflugs-Revue

Wissen Sie schon?

Mußt von Fritz Lehner

## Paul Bromisch

Feinste Fleisch-, Wurst- und Räucherwaren  
Beuthen O.-S., Piskary Str. 29

## Wandeleibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 71  
Verleitung u. Auslagen, Wäsche und Schmuckwaren

## Parteilgenossen!

Kauft nur bei den Insignanten Eurer Zaltung



# „Linke“ Flügeldeckung für die Panzerkreuzerpartei

## Was lehrt die Funktionärversammlung der SPD.

Breslau, 21. August.

Die Wogen der Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über den Panzerkreuzerandal schlugen in Breslau besonders hoch. Hatten doch die SPD-Arbeiter unter der Führung von Edstein und Marx und Zustimmung von Maché ein Mindestprogramm von Forderungen — wie haben es wiederholt gekennzeichnet — aufgestellt. Dieses Mindestprogramm sollte die Basis für die Beteiligung der SPD an der Regierung sein. Daß nicht eine dieser Forderungen der Breslauer SPD-Arbeiter in der Regierungserklärung Hermann Müllers — abgesehen von dem Versprechen in bezug auf die Befestigung der Todesstrafe — zu finden war, ist bekannt. Der Saal des Gewerkschaftshauses war daher bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Reichstagsabgeordnete Karl Maché am Montagabend vor den empörten Funktionären der Partei über die „Politik der Partei seit dem 20. Mai“ sprach. Was konnte er über „positive Erfolge“ berichten, der bebauernswerte Schelm? Aus Raumangel mußten wir uns leider darauf beschränken, aus der Gieranzrede Machés nur einige wenige Stellen laut „Volkswacht“ zu zitieren.

„Immerhin sind in den wenigen Sitzungen des Reichstages ein paar kleine Erfolge erzielt worden. Zunächst die Veränderung, daß die Krisenfrist für die mehr als vierzigjährigen auf 52 Wochen ausgedehnt wird. (Zurufe.) Die Großstädter merken davon nicht viel, denn hier hatten die Wohlfahrtsämter die Last der bis dahin mangelnden Krisenfürsorge bereits übernommen, aber draußen ist es anders. (Erzählen Sie das mal „draußen“, Herr Maché. Die Red.) Die Erweiterung der Krisenfürsorge ganz allgemein von 26 auf 39 Wochen haben wir noch nicht, aber sie soll im September kommen. Eine Reihe weiterer Gruppen soll ebenfalls noch in die Krisenfürsorge einbezogen werden. Dann die allerdings auch nicht sehr erhebliche Senkung der Lohnsteuer. (Zurufe.) Wir haben uns manchmal in den Kommunen und in der Provinz über noch geringere Erfolge gestreut. Wir haben keine Agitationsanträge gestellt, sondern sind an die praktische Arbeit herangegangen. Im Auswärtigen Ausschuss ist die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes erreicht worden. Gelingen ist der 11. August als Nationalfeiertag. (Zurufe.) Das beleuchtet die Situation und zeigt, daß keine Koalition vorhanden ist. Die sehr bescheidenen Erfolge sind nur in schwierigem und mühsamen Vordringen erreicht worden. (Zurufe.) Wir werden ja sehen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen trotz härterer Position auf dem Breslauer Rathaus von unseren Wünschen verwirklichen lassen wird.“

Der anscheinend ohrenleidende „Volkswacht“-Berichtersteller verzeichnet an vielen Stellen der Maché-Rede „Zurufe“, die nach Mitteilung unserer Vertrauensleute in

### tumultuärem Widerspruch

bestanden haben. Daß der sozialdemokratische Referent nunmehr nach dieser Aufnahme seines Berichtes mit Schmalz von der „Enttäuschung der Genossen“ über die Panzerkreuzerfrage sprach, alle Beschwichtigungskünste spielen ließ und eine schamlose Heße gegen die Sowjetunion und die KPD zur Ablenkung entfaltete, ist begreiflich. Außerordentlich bedauerlich aber ist die Tatsache, daß die empörten sozialdemokratischen Funktionäre, die in der Diskussion ihrer Entrüstung über die Panzerkreuzerfrage Ausdruck gegeben hatten — auch der Ausschluß der Minister aus der Partei wurde verlangt —, sich wiederum von den „Linken“ Edstein und Marx, die sie vor der Regierungsbildung über den Löffel mit Mindestforderungen halbieren hatten, abermals mit einer Kompromißresolution einseitig ließen. Die von den Funktionären gegen wenige Stimmen angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

### Entscheidung

„Die Art des Zustandekommens der gegenwärtigen Reichsregierung hatte bei der Breslauer Sozialdemokratie, die eine Reihe von Forderungen für die Teilnahme an der Regierung aufgestellt und die Einberufung eines Parteitagcs verlangt hatte, die stärksten Bedenken ausgelöst. Die schlimmsten Befürchtungen sind durch die Entscheidung des Kabinetts in der Panzerkreuzerfrage übertroffen worden.“

Nunmehr hat die Partei jede Verantwortung für die Handlungen des gegenwärtig amtierenden Kabinetts abzulehnen.

Die Funktionäre der Breslauer Sozialdemokratie drücken den Mitgliedern des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion, die für den Austritt aus der Reichsregierung gestimmt haben, ihr besonderes Vertrauen aus. Sie halten die Forderung auf Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister weiter aufrecht. Sie erklären ausdrücklich, daß sie Solidarität mit ihren Handlungen nicht üben werden.

Die Funktionäre der Breslauer Sozialdemokratischen Partei halten die Einberufung eines Parteitagcs mit zahlreichen Genossen im Reich, insbesondere in Sachsen, für notwendig und erwarten, daß der hiesige Bezirksvorstand weiter, wie bisher, auf die Einberufung des Parteitagcs drängt.“

Zurückziehung der Minister, Ablehnung jeder Solidarität mit den Handlungen der Minister und Einberufung eines Parteitagcs, das ist der politische Kern der Resolution, die natürlich der Stimmung der SPD-Arbeiter weit mehr entgegenkommt als die Beschlüsse der obersten Instanzen, die sich auf ein „Bebauern“ beschränken. Und doch ist diese Resolution, die von dem Advokaten Edstein verfaßt ist, typisch für die politische Unehrlichkeit der „Linken Führer“.

Die Resolution weicht einer grundsätzlichen Stellungnahme zur Koalitionspolitik feige aus, trotzdem die faulen Früchte dieser Politik von Maché auf den Tisch des Hauses gelegt wurden. Sie verlangt nicht: Schluß mit jeder Koalitionspolitik und revolutionären Klassenkampf, statt Bündnis mit Stinnespartei, Zentrum und Selbst-

demokraten. Sie läßt die sozialdemokratischen Arbeiter weiter in der Illusion, daß Aussetzung von Mindestforderungen an die Koalition zwischen SPD und den Selbstpartei vorteilhaft machen kann. Das ist bewußte Irreführung der Massen. Die Herren Dr. Edstein und Maché sind politisch erfahren und klug genug, um zu wissen, daß Volkspartei, Zentrum und Demokraten heute Mindestforderungen wie Trennung von Kirche und Staat usw. mit einem höhneglächerlichen Beantworten würden. Sie wissen, daß jede Koalition mit der Bourgeoisie Preisgabe der Interessen der Arbeiterschaft bedeutet.

Und trotzdem wird Zurückziehung der Minister nur aus taktischen Gründen gefordert, kein prinzipieller Kampf gegen die verrückte Koalitionspolitik. Was soll zur Mobilisierung der Massen gegen die Panzerkreuzerpolitik geschehen? Weder wird die Einberufung des Reichstages noch außerparlamentarischer Kampf gefordert. Zum von der KPD geforderten Votenscheid schweigt sich die Resolution aus, denn die linken Führer wollen verhindern, daß sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zusammen gegen die Koalitionspolitik der deutschen Bourgeoisie kämpfen. Sie wollen sie mit Hinweis auf Mindestforderungen und Vertagung auf einen Parteitag weiter vor den in den Dreieck gefahrenen Karren der SPD-Politik spannen.

Parteitag? Kann er eine Änderung der Gesamtpolitik der SPD bringen? Hatten nicht die ehrlichen linken SPD-Arbeiter alle Hoffnungen auf Kiel gesetzt, um kamen nicht Jitz-Edstein und Dr. Edstein verprügelt wie die Hunde vom Kieler Parteitag zurück? Kann bei dem starken bürokratischen Apparat der SPD, bei dem auch auf den Parteitag überragenden und überwiegenden Einfluß der Angestellten und Parlamentarier, etwas an dem Charakter dieser Partei des Klassenverrates und des Sozialimperialismus geändert werden?

Dr. Marx, einer der linken Führer, hat zwar erklart, worum es sich bei der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau handelt. Er jagte in der Funktionärversammlung:

„In keinen taktischen Fragen können Fehler vorkommen, bei der Koalitionspolitik aber handelt es sich um ein System. Man will die Partei auf eine Linie drängen, die zu 1914 geführt hat. Was können wir tun, außer mit der Annahme von Resolutionen? Wir müssen in der Führung der Partei einen Umschwung herbeiführen. Ein Parteitag muß diese Änderung herbeiführen, damit solche Fehler in Zukunft vermieden werden.“

Jawohl, es handelt sich bei der Zustimmung zum Panzerkreuzer um ein System der Koalitionspolitik. Um jene Politik, welche die SPD seit 4. August 1914 betreibt und auch nach der Verschmelzung mit der USPD teils offen, teils verdeckt weiter fortsetzt.

Wenn Herr Dr. Marx laut „Volkswacht“ ferner behauptet:

„Die Parteigeschichte wird später einmal urteilen, die Partei hat im Mai 1928 noch Rückschlagen ihren neuen Vormarsch angetreten, da wurde ihre Front von vier Männern von hinten erdolcht.“

so jagen wir: Nicht vier Männer haben eine Front erdolcht, sondern vier Minister haben durch die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers die verfolgten Wahlhelfer der SPD vor den Augen der gesamten Arbeiterschaft enthüllt und klar gezeigt: Die SPD ist

immer noch die Partei des 4. August. Sie unterstützt bewußt die Kriegsvorbereitungen und wird bei einem neuen imperialistischen Krieg wieder auf der Seite der deutschen Bourgeoisie stehen wie am 4. August 1914, als sie, wie Lenin einmal sagte, „die Eingeweide der Internationale auf den Tisch legte“. Es ist das Verbrechen der „Linken“ Führer der SPD, daß sie diese wachsende Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft hemmen, indem sie die Tatsachen verweigern, die Gegensätze vertiefen und die Empörung der maßlos enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter bewußt in ein falsches Flußbett leiten. Sie sind die linke Flügeldeckung für die Partei des Sozialimperialismus und spielen gegenüber den Rebellen innerhalb ihrer Partei die Rolle des Sturmbodes, den die SPD als Gesamtpartei im Dienste der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution spielt.

Die Linken sind die gefährlichsten Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung. Man lese den Bericht über das Schlusswort in der „Volkswacht“ nach, das Herr Edstein nach Schluß der stürmisch verlaufenen Funktionärversammlung gehalten hat. Pathetisch tief der linke Führer aus:

„Die Versammlung der Parteifunktionäre hat den Ehrenschliff der Partei rein gehalten; wir haben die Möglichkeit weiterer gemeinsamer und erfolgreicher Arbeit für die Partei.“

Hört man nicht aus jedem Wort dieser Schlussansprache den Triumph des zungenfertigen Advokaten über die Einsetzung der nach vielstündiger Versammlung ermüdeten proletarischen Funktionäre? Gemeinsame Arbeit wieder mit „Genossen“, die Panzerkreuzer bewilligen und jenen, die solche Beschlüsse mit Hrasen des Bedauerns abtun. Die Einheit ist hergestellt. Alles wieder in brauner Butter. Das ist der politische Sinn dieser Schlussansprache, der jedem klardenkenden sozialdemokratischen Arbeiter das insame Doppelspiel der Linken enthüllen muß. Worin besteht, fragen wir die Breslauer SPD-Arbeiter, denn der Unterschied zwischen dem „linken“ Edstein und dem rechten Maché? Edstein ist für Parteitag und Zurückziehung der Minister, Maché auch für Parteitag, aber noch für Verbleiben im Kabinett. Wenn der Druck der Arbeiter stärker wird, wird auch er einsehen, daß Edstein der Stimmung der Massen geistlicher Rechnung trägt und erklären, „daß es so nicht weiter gehen darf“. Kein grundsätzlicher Unterschied zwischen den beiden, sondern nur taktische Differenzen über die besten Methoden, die Erregung der SPD-Arbeiter abzuwehren, sie weiter in der Panzerkreuzerpartei zu halten.

Doch gemacht, ihr linken Strategen, wir werden euer Spiel durchkreuzen, unser Trümmelfeuer verstärken und dafür sorgen, daß der letzte SPD-Arbeiter euren Betrug durchschaut.

Die gefrige überfüllte Massenversammlung der SPD im größten Saal Breslaus, die auch von Hunderten SPD-Arbeiter besucht war, zeigt, daß trotz aller Tradition die Proletarier sich von der Panzerkreuzerpartei abwenden. Trotz aller linken Beschwichtigungskünste wird der Sturm der SPD-Arbeiter durch unsere Aufklärungsarbeit weiterwachsen und „linke“ und „rechte“ SPD-Führer dort hin jagen, wo alle Verräter und Betrüger an der Arbeiterbewegung gehören: Auf den Misthaufen der Geschichte.

### Kleine Nachrichten

Der neue amerikanische Handelsminister. U. London, 21. August. Präsident Coolidge hat nach Meldungen aus Neuport an Stelle von Hoover William Whiting zum Handelsminister ernannt. Hoover ist vor einiger Zeit nach Annahme der republikanischen Präsidentschaftskandidatur von seinem Posten zurückgetreten.

Schwere Tornadoschäden in Amerika. U. Neuport, 21. August. Nord-Lowa und Süd-Minnesota wurden von schweren Tornados heimgesucht. Bisher werden zehn Tote und hundert Verwundete gemeldet. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die größten Verwüstungen wurden in Austin (Minnesota) angerichtet.

Rücktritt des bulgarischen Kriegsministers. U. Berlin, 22. August. Dem Lokalanzeiger wird aus Sofia gemeldet, daß der Kriegsminister Wolhoff dem König am Dienstag sein Rücktrittsgesuch überreicht hat. Offiziell wird als Grund für den Rücktritt des Kriegsministers der englisch-französische Schritt angegeben.

BERLIN  
Donnerstag  
10. Mai

# Der Abend

10 Pf.  
Nr. 228  
B-109  
45. Jahrgang

Spätausgabe des „Vorwärts“

Wie sie ihre  
Wähler  
be-  
schwindelten

Ein Möbelwagen vor  
der Reichstagswahl

Großmacht Sozialdemokratie im Wahlkampf.  
Alles wird dem großen Ziel dienstbar gemacht!



# Von Giften und Explosivstoffen

## Wo steht der Feind?

Die fortschreitende Mechanisierung der Kriegsmethoden verpflichtet die Arbeiterklasse, außer auf die politischen Geschäfte der Bourgeoisie mehr und mehr auf die technisch-wirtschaftlichen Rüstungen zu achten. Durch die beiden Hauptfaktoren im Kriege: Schießpulver einschl. Sprengstoffe und Giftgas hat die chemische Industrie in dieser Hinsicht für uns ganz besonderes Interesse. Nur wird leider oft der Fehler gemacht, sich durch Außenlichkeiten oder ungenügende Fachkenntnis täuschen zu lassen und den Feind am falschen Orte zu suchen. Sehr verhängnisvoll, wenn dadurch die wahren Gefahrenpunkte übersehen werden.

### Ungezügelter Sachkenntnis führt zu falschen Schlüssen!

Gerade der Kommunismus hat immer wieder die ungeheure Wichtigkeit wissenschaftlich einwandfreier Grundlagen betont. Dies gilt aber auch ganz besonders für die kommunistische Praxis und Taktik, wie Lenin deutlich genug betont hat und wie Sowjetrußland durch die Sorgfalt beweist, mit der es seinen Stab von Wissenschaftlern und Technikern auf der Höhe hält.

Aus diesem Grunde (nicht etwa aus verletztem Fachdünkel) wende ich mich hier mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Laien ohne tiefere Kenntnis eines Gebietes diese Rolle eines „Spezialisten“ übernehmen. In diesem Einzelfalle: Leute, die über chemische Wissenschaft und Technik nur oberflächlich bescheid wissen, sollen nicht über wissenschaftliche und technische Einzelheiten des Giftgaskrieges Artikel schreiben, in denen dann falsche Tatsachen und Kombinationen zu noch falscheren Schlüssen führen, die wiederum eine falsche Taktik veranlassen können.

So bekam ich vor wenigen Tagen einen Artikel von einem unserer besten proletarischen Dichter in die Hand, einen Artikel über die Kriegsrüstungen der chemischen Industrie. Von den vielen Mängeln sollen hier nur einige und nur die besprochen werden, die zu grundlegend falschen Zusammenhängen führen. Es heißt da: „Neben Chlor sind Brom, Arsen, Schwefel, Stickstoff, Kohlenoxyd die wichtigsten Elemente der Giftgase, deren Muttersubstanz der Steinkohlenteer ist, im Frieden der Ausgangspunkt für unzählige Farbstoffe, Arzneimittel, Schädlingsbekämpfungsmittel.“ Vor allem ist nicht allgemein der Steinkohlenteer die Muttersubstanz der Giftgase, die wichtigsten der als Grün- und Gelbkreuz benutzten Gifte haben mit Teer gar nichts zu tun. Nur zu einigen Giftgasen (Blaukreuz, Chlorpikrin usw.) braucht man die Destillationsprodukte des Steinkohlenteers. Der Verfasser behauptet auch, Steinkohlenteer sei das Ausgangsprodukt u. a. der Sprengstoffindustrie — ebenfalls nur zu einem kleinen Teil richtig: Nitroglyzerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Oxylquit usw. — alle haben sie mit Steinkohlenteer nicht das geringste zu tun. Nur wenige (Trotyl, Tetryl) benötigen Teer zur Herstellung.

Doch jetzt das Wichtigste: selbst wenn die kritisierten Behauptungen richtig wären, wenn also die Ausgangsprodukte für die jetzt im Frieden hergestellten Farbstoffe und Arzneimittel dieselben wie für die im Kriege hergestellten Giftgase wären, besagt das absolut garnichts. Es kommt in der chemischen Technik wenig auf die Ausgangsstoffe, sondern fast nur auf die Apparate und Verfahren zur Verarbeitung an!

Nehmen wir einmal Holzcellulose als Beispiel, so ist er das Ausgangsprodukt für die Herstellung von Kunstseide, Papier und künstlichem Zucker. Jeder wird von selbst wissen, daß man weder in der Kunstseidenfabrik Papier und Zucker, noch in der Zuckerfabrik Kunstseide und Papier herstellen kann. Alles Ausgangsmaterial nützt nichts, wenn man nicht die Apparate zur Weiterverarbeitung hat.

### Explosivstoffe.

Natürlich kommt in dem kritisierten Artikel wieder prompt die Behauptung: „Große Kunstseide- und Zellstofffabriken, für friedliche Textilprodukte eingerichtet, können ohne große Schwierigkeiten im Falle eines Krieges auf Sprengstoffe rückvergestellt werden, da ja das Ausgangsprodukt (der Zellstoff) für Kunstseide und Schießpulver dasselbe bleibt.“ Unser Genosse Atomklemper hat schon vor etwa einem Jahre alle Einzelheiten der Kunstseidefabrikation in der „Energie“ (Jahrg. 1, Nr. 18) auseinandergesetzt. Für uns ist nur wichtig, daß vor dem Kriege die Kunstseide hauptsächlich aus „Nitrozellulose“ hergestellt wurde, einem Stoff, der dieselbe Zusammensetzung wie Schießbaumwolle hat. Deshalb wird heute noch oft die Kunstseidenindustrie als verkappte Sprengstoffindustrie bezeichnet — ein großer Irrtum.

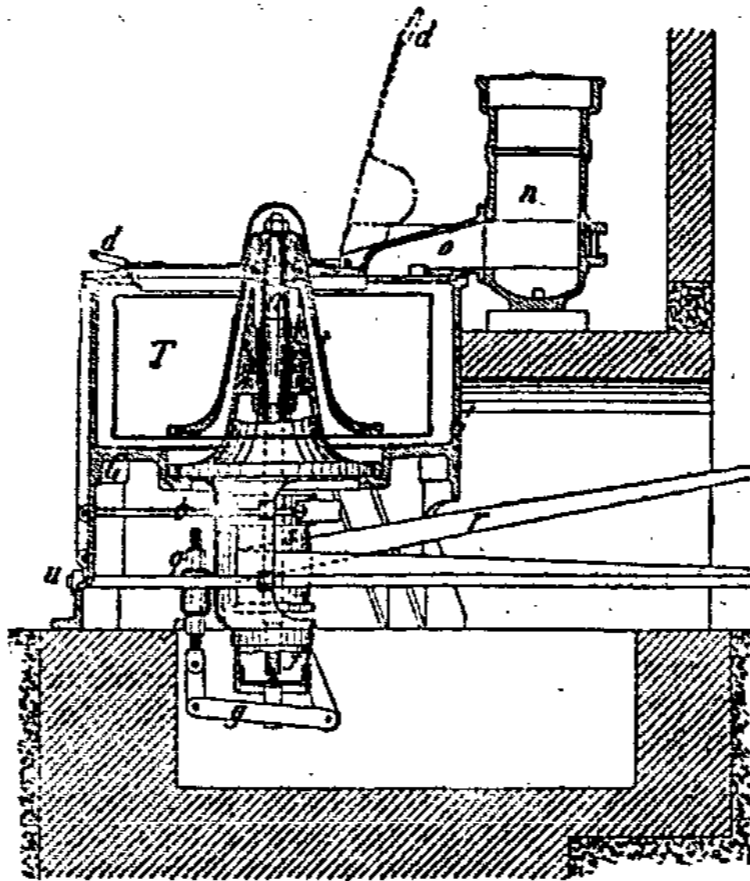
Zwar hätte es nahe gelegen, die „Nitrierungs“-Apparaturen, mit denen man vor dem Kriege „Nitro“-Kunstseide und während des Krieges Sprengstoffe herstellte, nun nach dem Kriege wieder zur Kunstseide-Fabrikation zu verwenden. Doch inzwischen hatte sich ein anderes, das „Viskose“-Verfahren zur Herstellung von Kunstseide als rentabler erwiesen und durchgesetzt. Und ihr könnt glauben, daß die Aussicht, mit dem neuen Verfahren größere Profite zu erzielen, Grund genug für die Kunstseide-Kapitalisten war, das alte Verfahren nicht mehr anzuwenden.

Die Kunstseide-Industrie kann also heute „auf den Schlag nicht viel mehr als die nackten vier Wände für die Kriegsproduktion mobil machen“. Die für die alte Nitro-Seide gebrauchten „Nitrierungs“-Apparaturen sind nach dem Kriege überflüssig geworden, soweit sie nicht zur Herstellung des Friedensbedarfs an Pulver benötigt werden. Ein Teil der Apparaturen konnte allerdings in die ständig wachsende Zelluloidindustrie übernommen werden. Zelluloid ist eine aus Nitrozellulose und Kampfer zusammengesetzte Masse und findet für Filme, Lacke und andere Gebrauchsgegenstände ausgedehnte und immer steigende Verwendung. Die Filmanz der übrigen Zelluloidindustrie steht also in enger Beziehung zum Sprengstoff, da heißt es aufpassen!

### Giftgase.

Die Phosgen-Schweineerei in Hamburg hat das Todesgespenst Giftgas wieder in allen deutlich lebendig werden lassen. Und da ist es weiter kein Wunder, daß das Giftgas nicht nur von neuem die Klassenfront der Arbeiter stärkte, sondern die Forderung laut werden ließ: Vernichtung aller vorhandenen Giftgasvorräte, Schluß mit der Giftgasproduktion! Die Frage ist grundsätzlich von so großer Bedeutung, daß man sie einmal sorgfältig durchdenken muß.

Wir können dabei von Verwendung kleiner Phosgenmengen wie etwa bei der Desinfektion von Häuten und Fellen gegen Milzbrand absehen. Nur zwei Fabrikationszweige sind von wesentlichem Interesse: die Farben- und die Arzneimittellindustrie. Um das letzte gleich vorweg zu nehmen — für eine ganz ansehnliche Reihe von Arzneimitteln benötigt man zur Herstellung Phosgen. Einige wichtige seien hier genannt: Duotal, Kreosotal, Salol, Blensal, Aristochin, Euchinin. Wenn diese Sachen auch sicher nicht von untergeordneter Bedeutung sind, so ist doch die für ihre Herstellung nötige Phosgenmenge recht klein. Nicht aber bei der Farbstoffindustrie. Da ist es nämlich nicht nur ein Farbstoff, zu dessen Herstellung Phosgen gebraucht wird, sondern im Gegenteil eine kaum zu übersehende Anzahl: Baumwollgelb G, Benzochtrosa, Benzochtrorange S, verschiedene Benzoscharlahe, Viktoriablau, Nachtblau, Neuviktoriablau R, Kristallviolett, überhaupt überwiegend die sogenannten „Triphenylmethan“-Farbstoffe. Welche unge-



### Nitrierzentrifuge für Schießbaumwolle

Schießbaumwolle wird durch Einwirkung von „Nitriersäure“ (Gemisch von Salpetersäure und Schwefelsäure) auf entfettete Baumwolle oder sorgfältig gereinigten Holzcellulose hergestellt. Das gußeiserne Gehäuse (G) enthält die um die senkrechte Achse (a) drehbare, durchlöcher Trommel (T) von 1,2 bis 1,5 Meter Durchmesser. f = Spurlager, e = konisches Halslager. Antrieb vom Nebenraum durch Treibriemen (r) und Scheibe (s). u = Riemenaustrücker, b = Bremse. Hebel (g) und Schrauben (p, q) dienen zum Einstellen der Achse bei Abnutzung des Halslagers. Das Ein- und Auslassen der Nitriersäure geschieht durch seitlich angebrachte Röhre, die auf der Zeichnung nicht sichtbar sind. Man füllt Trommel und Gehäuse mit Nitriersäure und drückt dann bei langsamer Drehung die Baumwolle mit Aluminiumgabeln hinein. Die Säure fließt über den Rand der Trommel und durch deren Löcher wieder zurück. Die dabei entstehenden Säuredämpfe werden (durch o und n) mit Tonventilatoren abgesaugt. Zuletzt wird die Hauptmenge der Säure abgelassen, der Rest ausgeschleudert. Die leicht entzündliche Schießwolle wird sofort in fließendes Wasser und in das Waschhaus gebracht. Nicht selten explodiert die ganze Zentrifuge. Und alles „zum Besten der Menschheit“!

heuren Mengen aber dazu nötig sind, beweist die Tatsache, daß schon 1906 — wo also noch niemand an Giftgase dachte — eine der größten deutschen Fabriken etwa 40 000 kg Phosgen verbrauchte! Dabei stand diese Fabrik im Phosgenverbrauch noch nicht einmal an erster Stelle!

Schluß mit der Phosgenfabrikation heißt also Stilllegung eines großen Teiles der Farbstoffindustrie und ist so ähnlich, wie wenn man wegen der Verwandtschaft der Filmindustrie mit Sprengpulver nicht mehr ins Kino gehen wollte. Außerdem ist die Erfüllung dieser Forderung ziemlich wirkungslos; denn das wichtige bei einem Kriege sind nicht übergroße Vorräte an Phosgen, sondern die Fabrikanlagen, mit denen man es herstellen kann.

Dazu kommt etwas anderes: schon während des letzten Krieges ist Phosgen nicht in dem Ausmaße angewendet worden, wie oft angenommen wird. Für das allgemeine Völkermorden erwiesen sich die berühmten „Kreuz“-Gifte: Grünkreuz (chlorierte Ameisensäureester), Blaukreuz (Diphenylarsinchlorid u. a.) und Gelbkreuz (Dichloräthylsulfid) als weit wirksamer. Phosgen wurde nur noch den vorstehenden Giften zugemischt, wenn man von den immer seltener werdenden Gaswerkern usw. absieht.

Zwar ist auch zur Herstellung eben dieser Kreuzgifte teilweise Phosgen verwendet worden, doch würde das Fehlen von Phosgen noch lange nicht die anderen Giftgase unmöglich machen. Wenn es überhaupt eine „Schlüsselindustrie“ für die Giftgase gibt, so ist es die des Chlors. Fast sämtliche Kampfgase enthalten Chlor (auch das Phosgen). Da müssen wir einhaken: wer das Chlor hat, hat die Macht. Wenn wir die Chlorindustrie in den Händen haben, besitzen wir die Kontrolle über den ausschlaggebenden Teil der Giftgasproduktion. Wann und wie wir die Chlor- oder (noch besser) die gesamte chemische Industrie erobern können, ist eine taktische Frage, deren Beantwortung mir nicht zusteht. Stinkbombe.

### Giftgas in der Großstadt

Peinlich, sehr peinlich für alle amtlichen Stellen, die sich damit zu belassen hatten, war die Ungezogenheit des Gasbehälters in Hamburg, undicht zu werden. Zweihundert Tote und Erkrankte waren die Folge. Verheimlichen läßt sich so etwas nun nicht mehr. Phosgen läßt sich in kleineren Mengen zwar auch industriell verwerten, unter anderem zur Her-

stellung der sogenannten Azofarbstoffe und des Salols, eines Medikaments gegen Rheumatismus. Aber private, nicht amtliche Forschungen haben ergeben, daß es sich bei dem Hamburger Giftgas nicht um Phosgen gehandelt hat, sondern um Senfgas (Gelbkreuz), das sich industriell gar nicht verwenden läßt, dafür aber seinerzeit in der deutschen Kriegsführung wesentlich beliebt war. Ob die amtlichen oder die privaten Feststellungen größeren Glauben verdienen, mag jeder selbst entscheiden. Jedenfalls ist die breite Öffentlichkeit mal wieder aufmerksam geworden auf allerlei dunkle „Möglichkeitkeiten“. Man erinnert sich daran, daß die Berliner Großbanken aus den Erfahrungen des Kapp-Putsches heraus Vorrichtungen trafen, um ihre Tresoranlagen unter Gas setzen zu können. Durch Druck auf einen Knopf etwa würde der ganze fragliche Teil des Hauses vergast werden. Die Tatsache der Einrichtung und ihre Handhabung ist nur sehr wenigen bekannt, nicht einmal allen Direktoren. In Anwendung soll sie treten im Fall von Unruhen, wenn die Tresore in Gefahr kommen. Wo liegt nun aber das Gas auf der Lauer? Das „weiß“ natürlich niemand.

K. v. (kriegsverwendungsfähig) sind im wesentlichen die beiden vorgenannten Giftgase. Das Phosgen bringt schnellen Tod. Ein Atemzug in einer konzentrierten Phosgenwolke genügt. Phosgen greift die Lunge an und wirkt bei einer Verdünnung von 0,04 Milligramm auf einen Liter Luft meist noch tödlich, bei geringeren Mengen erst nach mehreren Tagen. Senfgas wirkt langsamer, aber stärker. Es beginnt meist erst vier bis sechs Stunden nach dem Einatmen zu wirken, greift Augen und die oberen Atemwege an, führt zu Erblindung und Tod, wenn man nicht rechtzeitig die Gasmasken aufsetzt, und verursacht außerdem auch noch Ausschläge und schmerzhaftes Blasen. 0,006 Milligramm in einem Liter Luft wirken bereits tödlich. — Und das alles — wohlgemerkt — nicht nur auf dem bekannten „Felde der Ehre“, nein, man sieht, den Weg und die Mühe braucht man sich nicht mehr zu machen. — Wer will noch mal, wer hat noch nicht? Bauer.

### Luftkur in der Großstadt?

Nein, die Straßenluft der Großstadt kommt für eine Kur immer weniger in Frage. Ist schon der Staub und Asphaltgestank keine angenehme Beigabe, so ist die Verpestung der Luft durch die Kraftfahrzeuge im höchsten Grade ungesund. Doch ist das nicht nur ein Problem der Gesundheitspflege, sondern auch der Wirtschaftlichkeit.

Die für Motorantrieb gebrauchten Brennstoffe sind Verbindungen von Kohlenstoff und Wasserstoff in verschiedenen Verhältnissen. Der Betriebsstoff wird fein zerstäubt, mit Luft gemischt und im Kolbenzylinder zur „Explosion“ gebracht, d. h. verbrannt.

Nun verläuft die Verbrennung im Explosionsmotor leider nicht vollständig und es entsteht so im Motor dasselbe, als wenn man im Ofen die Kohle nicht vollständig verbrennt (wenn die Luftzufuhr zu knapp ist), es entsteht das giftige Kohlenoxyd. Wirtschaftlich bedeuten diese Umstände, daß nicht nur ein beträchtlicher Teil der bei der Explosion entwickelten chemischen Energie als Wärme mit dem Kühlwasser ungenutzt verschwindet, sondern daß gar nicht einmal alle verfügbare chemische Energie freigemacht wird. — Schlimmer ist aber die gesundheitliche Seite dieser Angelegenheit. Kurz folgendes: die „Körperwärme“ von Mensch und Tier ist weiter nichts als die bei der Verbrennung der Nahrungsmittel im Körper entstehende Wärme (s. Artikel: Maschine Mensch, „Energie“, Jahrg. 1, Nr. 16, 19). Den für die Verbrennung nötigen Sauerstoff atmen wir mit der Luft ein und der rote Blutfarbstoff, genannt Hämoglobin, befördert den Sauerstoff aus der Lunge an die benötigten Stellen. Und zwar beruht dieser Transport auf einer richtigen Umbildung des Blutfarbstoffes — es bildet sich Oxy-Hämoglobin (Oxy-Sauerstoff), das in den Schlagadern zum Verbrauchsort gepumpt wird. An „Ort und Stelle“ wird der Sauerstoff abgeliefert, es bildet sich wieder Hämoglobin, das in den Venen zur Lunge zurückbefördert wird und übrigens dunkler aussieht, als das Oxyhämoglobin. Deshalb ist das Blut der Venen dunkler als das der Schlagadern. Kommt nun Kohlenoxyd in die Lunge, so verbindet es sich statt des Sauerstoffs mit dem Blutfarbstoff zu Kohlenoxyd-Hämoglobin. Nun kann der Sauerstoff nicht mehr befördert werden, weil ein fremder Gast das Transportmittel beschlagnahmt hat — der Mensch erstickt.

Leider sind die meisten Versuche über die Menge des in den Auspuffgasen enthaltenen Kohlenoxyds wenig zu gebrauchen, denn sie sind fast durchweg auf dem Prüfstand gemacht. Es hat sich aber immer wieder gezeigt, daß beim wirklichen Betriebe viel mehr Kohlenoxyd entwickelt wird als bei Prüfstandversuchen. Als Erfolg ist aber immerhin die Feststellung zu verzeichnen, daß günstige Vergaserstellung die Kohlenoxyd-Bildung erheblich herabdrücken kann.

Viel wichtiger ist es, den Kohlenoxydgehalt der Straßenluft zu bestimmen. Da fand man denn in einer breiten, auf einer Seite durch einen Park begrenzten Straße bis 0,05 Prozent dieses Giftes. Schlimmer ist es natürlich in engen Straßen mit hohen Häusern. Leider sind da noch keine Untersuchungen gemacht worden.

Ganz gefährlich wird die Sache nun in Tunnels, wenn auch dauernd Frischluft durchgeführt wird. Im Liberty-Tunnel (Newyork), in dem stündlich etwa 1000 Kraftwagen verkehren, fand man 0,04 Prozent, öfter auch bis 0,1 Prozent, ja sogar 0,16 Prozent Kohlenoxyd in der Luft. Nun muß man bedenken, daß 0,08 Prozent schon stark giftig, 0,19 Prozent bereits tödlich wirken!

So ist es denn kein Wunder, daß man bei den Verkehrsbeamten eine Sättigung von 35 bis 45 Prozent (!) des Hämoglobins mit Kohlenoxyd und typische Vergiftungserscheinungen (plötzlicher Kräfteverfall usw.) feststellte. In Philadelphia, London und anderen Städten hat man ähnliche Feststellungen gemacht.

Schon heute läßt sich sicher das Kohlenoxyd der Auspuffgase beseitigen (etwa Verbrennung über glühendem Platin), aber nur mit erheblichem Kostenaufwande. Dies Problem wird aber der kapitalistische Staat, in dem nur Profit der Anstöß technischer Neuerungen ist, nicht lösen können. Aber vielleicht der kommunistische Staat, der seine Mittel nicht für Panzerkreuzer, Reichswehr und sonstigen nationalistischen Budenzauber, sondern für allgemeinnützige Zwecke verwendet! Stinkbombe.

Was die Breslauer Sozialdemokratischen Arbeiter zum Panzerkreuzerstandlagen

Sechs Gepäckräuber verhaftet

Vor einiger Zeit wurden ein Jungführer und ein Packmeister unter dem Verdacht verhaftet, Gepäckstücke geraubt zu haben.

Schupo will Auslagen erpressen

Die Klebkolonnen der Partei und des KJVB waren in den vergangenen Wochen fleißig an der Arbeit.

Ein feiner Arbeitgeber

Scheint der Besitzer des Kaffeehauses Klein-Masselewitz bei Breslau, namens Moch, zu sein.

Fundstücken. Im Strandbade „Norden“ sind verschiedene Gegenstände, wie Badeanzüge, Badehosen, Badelappen, Kleinfächer, Handtücher u. a., zurückgeblieben.

Der Herbststoppmarkt auf dem Neumarkt findet in der Zeit vom 10. bis 13. September d. J. statt.

Verlegung des Postamts 21. Das Postamt 21 (Hohenzollernstraße 8, Schlichtstraße 1) wird mit Ablauf des 30. September an seiner jetzigen Stelle geschlossen.

Massageabteilung. In dem städtischen Warmbade an den Tschäden ist in dem Frauenbade eine Massageabteilung eingerichtet worden.

Mittelschlesien

Oels. Die neuen Vorstehenden des Arbeitsamts. Das hiesige Arbeitsamt hat jetzt seine Vorstehenden erhalten.

Zum Frauengautreffen in Breslau. Frauen und Mädchen sowie Kameraden, welche sich am Frauengautreffen am 25. und 26. August in Breslau beteiligen, melden sich bis Donnerstag beim Kameraden Stoffel, Gartenstraße 29.

Stiftungsfeier des KJVB. Unser Stiftungsfest mit Rotem Treffen findet am 15. und 16. September statt.

Kameradschaftsabende. Am Freitag, dem 24. August, 20 Uhr, findet im „Surfjäten“ ein Kameradschaftsabend statt.

Breslau, den 21. August.

In der Funktionärversammlung der Breslauer SPD, die wir noch an anderer Stelle unserer heutigen Nummer behandeln, kam die Entschuldigungs, Verbilligung und Empörung der SPD-Arbeiter über die Früchte der sozialdemokratischen Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik elementar zum Ausdruck.

Ausschluss der Minister aus der Partei gefordert

Genosse Seebald: Außer den von Genossen Moch angeführten Dingen gibt es noch manches andere, was mir nicht gefällt.

(Siehe Herauswurf sozialdemokratischer Auslanddelegierter! (Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“.)

Die „Volkswacht“ belügt die Arbeiter Die Grenzen der Disziplin

Genosse Krumpholtz: Von Hermann Müller kann ich nicht glauben, daß nur ein Irrtum vorliegt.

Sind wir dafür von Haus zu Haus gelaufen?

Genosse Kunert: Wir, die wir die Kleinarbeit machen, tragen am Fiasco derer, die oben sind.

Besser Regierungskrise als Parteikrise

Genosse Lindwig: Das Bild der Versammlung zeigt, wie ungebracht unsere Funktionäre sind.

Ein Konservativier!

Genosse Djindale: Die Hauptschuld liegt am Listensystem.

Reparaturen und nun werden wir mit dem Panzerkreuzer belästigt. Vor Neuwahlen dürfen die Genossen nicht zurückweichen, denn sie werden sowieso bald kommen.

(Ein verhängnisvoller Irrtum. Nicht das Listensystem ist schuld. Die Taten der SPD-Minister würden auch bei der Rückkehr zum Wahlsystem arbeiterfeindlich sein.)

Ober Krankheit unten Gesundheit

Genosse Schramm: Ich muß Dr. Marx schließlich recht geben. In der Partei herrscht oben Krankheit und unten Gesundheit.

Genosse Schramm, ein alter ehrlicher Sozialdemokrat, steht seit einem Vierteljahrhundert zur Breslauer SPD-Führung in Opposition.

Achtung! Sämtliche erwerbslosen Kameraden des KJVB. beteiligen sich an der Kranzniederlegung des Kameraden Bauer.

Junger Arbeiter! — Junge Arbeiterin! Sacco und Panzetti, ihr Leben und Euerden.

Arbeitssport

- Fußballresultate vom Sonntag Wader I — VfL. I Dels 7:0 Wader II — VfL. II Dels 0:0 Wader III — Süd III 2:5

Versammlungskalender

Frauen-Gautreffen! Wir bitten alle Ortsgruppen in der Provinz, auch die, wo wir keine KJVB-Ortsgruppen haben, uns sofort die Teilnehmerinnen zu melden.

Kommunistischer Jugendverband

- Breslau. Gruppe Süd. Mittwoch bei Janke, Friedrichstraße, Gedächtnisabend: Sacco und Panzetti.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau. Funktionärstzung am Donnerstag 20 Uhr im Jugendbüro, Hirschbergstraße.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Abteilungsleiterstzung Mittwoch 19 Uhr im Gaubüro.

Reizend. Kleider Blusen Röcke Mäntel Kostüme Wäsche Trikotasen 1-3-Mark wöchentl. Abzahlg. Mücke Tauentzienstr. 51

Ärztliche Bekanntmachung von Dittersbach Die Auszahlung von Hilfsbedürftigenunterstützung Sozialrente und Kleinrente erfolgt Mittwoch, den 23. August 1923, nachmittags von 2-4 Uhr im Zimmer 1 des Amtshauses.

